

Mit Empörung Politik machen?

Der raue Ton im politisch-medialen Diskurs und seine Hintergründe

Von Jürgen Liminski

In einer Fastenpredigt über die Barmherzigkeit echauffiert sich der politisch interessierte Pastor beim Thema AfD. Diese Partei sei „blasphemisch, diabolisch, pervers“. Sie propagiere einen „Schießbefehl“, sie rufe indirekt zu Gewalt gegen Fremde auf, sie sei „für Christen nicht wählbar“. Manch ein Gläubiger auf den vollbesetzten Kirchenbänken kratzt sich am Kopf. Verwechselt der ansonsten so wortgewandte und differenzierende Pastor die AfD mit der NPD? Hatte sich die AfD-Politikerin Storch nicht für ihre Aussage entschuldigt und erklärt, dass sie nur von der Konsequenz der Grenzüberwachung und niemand von einem Schießbefehl gesprochen habe? Vom „Schießbefehl“, der natürlich an die DDR erinnern soll, sprechen Politiker aus CDU, Grünen und SPD dennoch unentwegt, auch am letzten Wahlabend. Und wo ist eine Äußerung in den Programmen der AfD, die Gott lästert, die teuflische Absichten offenbart? Und wenn an den Vorwürfen etwas dran sein sollte: War das Thema der Fastenpredigt nicht die Barmherzigkeit? Gilt sie nicht gegenüber Verirrten und Sündern?

Kein Zweifel, hier sprach ein verbittertes Pastorenherz, das in der Pastoral und wohl auch in der Flüchtlingsarbeit viel gesehen und geleistet hat. Aber hat er auch das Programm gelesen und mit AfD-Wählern gesprochen oder nur über sie gelesen und über sie diskutiert? Wohl kaum. Denn es gehört heute zum guten Ton in den etablierten Mainstream-Kreisen, die AfD und mit ihr einige Millionen Wähler zu ächten. Kein Zweifel auch, dass manche AfD-Politiker mit gleicher Münze heimzahlen. Da ist von „vaterlandslosen Brandstiftern“ in den „angeblichen Volksparteien“ die Rede gewesen, von Vaterlandsverrätern, von Meinungsdictatoren, von der Arroganz der Mächtigen. Und kein Zweifel, daß viele Äußerungen auch der Hitze des Wahlkampfes oder dem Frust über das Ergebnis geschuldet sind. So betitelte noch am Wahlabend der grüne Umweltminister, stellvertretende Ministerpräsident in Schleswig-Holstein und Aspirant auf den Bundesvorsitz der Grünen, Robert Habeck, die AfD als „NPD für Besserverdienende“, als „NPD plus“, als „Rassisten im Schafspelz“, die „dumpfe, totalitäre Wünsche nach einem autoritären Staat“ bediene. Sein Amtskollege von der SPD, Ralf Stegner sekundierte ihm, indem er die AfD als „mitverantwortlich“ dafür bezeichnete, dass Gewalt gegen Flüchtlinge ausgeübt werde, dass Asylantenheime brannten. In der AfD gebe es „keine

Argumente, nur Schießbefehle“. Heute wolle sie das Asylgesetz außer Kraft setzen, morgen die Meinungsfreiheit und übermorgen den Artikel 1 des Grundgesetzes, der die Würde jedes Menschen garantiere.

Für all diese Behauptungen gibt es keine wirklichen Belege. Es geht auch nicht um Argumente und Positionen. Es geht um die Kunst der Empörung. Denn mit Empörung macht man Politik. Wer sich empört, erregt Aufmerksamkeit in der unkontrollierbaren Flut von kaum einschätzbaren Informationen. Der Empörte aber wirkt authentisch. Er zeigt Herz. Er gibt Zeugnis. Natürlich von seinem Gutsein, von der vermeintlichen Wahrheit. Falls er sich mal irren sollte, dann verzeiht man ihm, weil er so authentisch war und irren ja menschlich ist. Nur die Opfer der Empörung haben offenbar kein Recht auf Irrtum. Eine Entschuldigung? Kann ja jeder sagen ohne es zu meinen. Der wahrhaft Empörte hat das Recht, Entschuldigungen nicht anzunehmen und Aussagen einfach nicht zu glauben. Denn der wahrhaft Empörte lebt vom Glauben an seine Überzeugung und sein eigenes Zeugnis. Alles andere ist von Übel und Grund der Empörung.

Der raue Ton in der politischen Debatte ist keineswegs eine deutsche Spezialität. Typisch deutsch ist nur die instrumentalisierte Empörung gegen Rechts. Da werden schnell nationalkonservativ denkende Bürger zu Rechtsradikalen abgestempelt, um sie politisch zu marginalisieren, auch ohne zu argumentieren. Aber ansonsten ist der raue Ton woanders noch um einiges heftiger. Man blicke nur mal nach Amerika und auf die Liste der primitiven Beleidigungen, die der Dauerempörte namens Donald Trump fast täglich verlängert. Oder selbst in das distinguierte Frankreich, wo der Geist der Empörung wie so vieles auf diesem Trampelpfad der Geschichte literarischen Niederschlag fand. „Indignez-vous!“ – Empört Euch, hieß der Schlachtruf des ehemaligen Widerstandskämpfers und französischen UN-Diplomaten Stephane Hessel. Sein Pamphlet wurde im Oktober 2010 veröffentlicht und in fünf Monaten mehr als eine Million mal verkauft. Auch in Deutschland wurde es schnell zum Bestseller. Der 93-jährige Hessel kritisierte in seiner Schrift mit Zorn die Auswüchse des Kapitalismus, die Arroganz der Mächtigen und ihre schützende Hand über Banken und Finanzwelt. Er rief zum politischen Widerstand auf und auf ihn berufen sich einige soziale Protestbewegungen, die in Spanien und Griechenland mittlerweile die Empörung in parteipolitische Formen gegossen haben, wie Podemos oder Syriza.

Natürlich hat es immer schon Empörte gegeben, auch in Deutschland. Aber sie spielten kein Theater, sondern waren es wirklich. Und natürlich hat es immer auch Zorn und Häme gegeben, die selbst vor der Würde des Namens nicht Halt machte. Bekannt sind noch heute die Verunglimpfungen eines Herbert Wehner, wenn er zwei Abgeordnete der Union, Wohlrabe und Todenhöfer, „versehentlich“ Übelkrähe oder Hodentöter nannte. Das hatte wenigstens noch Witz. Die Empörten von heute sind dagegen gar nicht mehr witzig. Sie sind betroffen, angeekelt, wütend. Sie bewegen sich auf rein emotionalem Niveau. Ihr politisches Niveau ist archaisch, vor-griechisch. Die alten Griechen hatten immerhin noch Sinn für die Macht des Wortes, für die Rolle der Rhetorik in der Politik. Seit Aristoteles etwa wissen wir, dass die Rede Teil der Staatskunst ist, so schreibt er in seinen Büchern über Rhetorik, und dass zu den Überzeugungsmitteln nicht nur das Argument, sondern auch die Persönlichkeit des Redners selbst gehört. Denn, so der große Grieche, „den Anständigen glauben wir eher und schneller, grundsätzlich in allem, ganz besonders aber da, wo es keine Gewissheit gibt, sondern Zweifel bestehen“. Diese Zweifel durch Empörung als rhetorisches Mittel zu zerstreuen ist heute das Ziel der „Anständigen“, dafür organisieren sie Aufstände, Menschen- und Lichterketten. Man sendet Signale, macht das Licht aus oder an, läutet Glocken oder schweigt. Das mag für Bekenntnisse in der öffentlichen Debatte herhalten. In der Politik reicht es nicht. Denn es ersetzt nicht das Argument oder die Integrität des Zeugnis Gebenden, es ersetzt nicht den Dialog.

Der französische Landedelmann Michel de Montaigne, der den Begriff der „opinion publique“, die öffentliche Meinung erfand, beschrieb in seinen „Essais“ schon vor fünfhundert Jahren die Wirkung der Gefühle mit Bezug auf die öffentliche Meinung. Wegen der Kraft der Gefühle, so Montaigne, sei die Redekunst auch ein „Werkzeug, das dazu erfunden ist, auf einen großen ungestümen Haufen zu wirken und ihn nach Gefallen zu lenken“. Mit dem ungestümen Haufen meinte er die Gesellschaft der Adligen und den königlichen Hofe, heute würde man sagen den Demos, den Souverän, dessen Gefühle von der Redekunst des Establishments traktiert werden – heute mit den Mitteln der Empörung, um den Souverän gegen bestimmte Gruppen aufzuhetzen oder mit den Mitteln der Unterhaltung, um den Souverän zu besänftigen und auf eine bestimmte Politik einzustimmen ganz nach dem Satz von Mark Twain, „wir lieben Menschen, die frei heraus sagen, was sie denken – falls sie das gleiche denken wie wir“.

Wo ist die Grenze zwischen dem rauen, derben Ton auf der einen Seite und dem Betrug, der Heuchelei oder dem verbalen Krieg auf der anderen? Sie ist da, wo direkt oder indirekt zur Gewalt aufgerufen wird. Diese Grenze hat Donald Trump bereits mehrfach überschritten und der aus dem Rennen geschiedene Senator Marco Rubio zog diese Grenze nach als er vor den Schmäh- und Hasstiraden Trumps warnte. Denn Hass spalte das Land. Es verwischt die Grenzen zur Gewalt, zur verbalen zunächst und dann zur realen. Diese Grenze haben aber auch Anhänger von Pegida überschritten, als sie im Oktober in Dresden einen Galgen in die Höhe reckten mit zwei Schildern, auf denen die Namen Angela Merkel und Sigmar Gabriel standen. Das Urteil in den Medien war einhellig. Weniger einhellig war es, als zwei Tage zuvor bei einer Demonstration gegen das geplante TTIP-Abkommen in Berlin ein Schafott mitgeführt wurde, auf dem neben gemalten Blutspritzern auch die Aufschrift zu erkennen war: „Pass bloß auf, Sigmar!“ Über das Schafott wurde kaum berichtet, über den Galgen wochenlang. Lag es daran, daß mit dem einen Mordinstrument Fall rechtsgerichtete Demonstranten marschierten und mit dem anderen linksorientierte?

Es sind in der Regel Ideologen, die verbale Gewalt predigen. Seien sie von rechts oder links. Sie glauben, die Wahrheit gepachtet zu haben. In einem pluralistischen Gemeinwesen aber lebt die Politik vom Kompromiss. Zwar muss es einen Grundkonsens geben als Kern, um den die Politik mit Blick auf aktuelle Erfordernisse sammeln sollte. Meist stellt die Verfassung diesen Kern dar. Aber wo dieser Grundkonsens und das Grundgesetz aufgeweicht wird und das heißt, wo das Bild vom Menschen und seiner Würde, von seiner persönlichen Freiheit und sozialen Verantwortung beliebig wird, da geht es nur noch um die Form. Da wird mit Angriffen gesammelt und nicht mehr mit Argumenten. Da wird beschuldigt statt überzeugt. Da zählt die Show und nicht mehr der Inhalt, und folglich wird der Ton dann rau und hysterisch.

Zum pluralistischen Gemeinwesen gehört freilich auch eine pluralistische Medienlandschaft. Der aufgeweichte bis fehlende Konsens bei Grundsatzfragen der *conditio humana* – angefangen beim Lebensrecht bis hin zur dualen Natur des Menschen – hat in den letzten Jahrzehnten eine medialen Nihilismus begünstigt, den manche als linksliberalen Mainstream definieren. Dieser Nihilismus grenzt ebenso aus wie ein Wahrheitsfuror. Beide Seiten betätigen sich dann als Tugendwächter, die zu verbalen Entgleisungen neigen. Sammeln sieht anders aus. Zum Sammeln gehört der Dialog. Josef Ratzinger, der Meister der Vernunft, hat als Papst Benedikt XVI. in einem

Vorwort zum Buch der Generation Benedikt (heute Generation Pontifex) auf die wesenhafte Offenheit des Christentums hingewiesen und den Dialog als Ausdruck des Fragens und Findens auf dem Weg zu Lösungen des Lebens, als Weg selber bezeichnet. An anderer Stelle, Jahrzehnte zuvor, hat er den Verzicht auf die Suche nach Wahrheit als den Kern der Krise heute ausgemacht. Wer auf den Dialog verzichtet, ist nicht mehr offen, auch nicht für die Wahrheit. Und natürlich sind die asozialen Plattformen des Internets keine wirklichen Dialogformen, im Gegenteil, die isolierte Haltung der „Gesprächspartner“ – jeder vor seinem Schirm - begünstigt die Empörung.

Der Dialog, der politische zumal, setzt eben die Anerkennung eines Grundkonsenses voraus, zumindest die Anerkennung des Dialogpartners als Mensch. Nihilisten und Totalitäre verweigern sich dieser Anerkennung. Sie können nur noch hysterisch schreien und niedermachen. Sie sind die Ton angebenden Wortführer der neuen politischen Unkultur. Was wir dringend brauchen sind dialogbereite und dialogfähige, am Gemeinwohl und nicht nur am Parteiwohl oder Meinwohl interessierte Politiker. Denn wenn der wahre Dialog versiegt, bekommen wir eine Gesellschaft der empörten Mitläufer.